

Antrag 169/II/2018

ASJ Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Stärkung der Freiheit von Presse und Rundfunk

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages,
2 der Bundesregierung und des Bundesrates werden auf-
3 gefordert sich umgehend dafür einzusetzen, dass die
4 freie Arbeit von Presse und Rundfunk besser vor Angrif-
5 fen geschützt und ihre Bedeutung für die freiheitlich-
6 demokratische Grundordnung mehr hervorgehoben wird.

7
8 Die Behinderung der Arbeit von Journalisten muss un-
9 terbunden und bei Angriffen auf sie konsequenter einge-
10 schritten werden. Auf die wichtige Bedeutung von Presse
11 und Rundfunk soll durch eine öffentliche Kampagne auf-
12 merksam gemacht werden.

13 Ferner soll geprüft werden, ob tätliche Angriffe auf Jour-
14 nalistinnen und die Behinderung ihrer Arbeit strafrechtlich
15 besonders geahndet werden sollten.

16

17 Begründung

18 Die Freiheit der Presse und des Rundfunks gehören zu den
19 Grundpfeilern unseres demokratischen Rechtsstaates. In
20 den letzten Jahren müssen wir leider erleben, dass sie
21 zunehmend zum Angriffsziel rechter und rechtsextremis-
22 tischer Akteure werden. Begriffe wie „Lügenpresse und
23 Mainstream-Medien“ werden gezielt in die Gesellschaft
24 getragen, um das Bild einer vermeintlich staatlich gesteu-
25 erten Berichterstattung zu prägen. Zudem kommt es im-
26 mer häufiger zu tätlichen Übergriffen auf Journalisten.

27 Der Deutsche Presserat hat inzwischen die Polizeibehör-
28 den aufgefordert für mehr Schutz von Journalisten zu sor-
29 gen.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages,
der Bundesregierung und des Bundesrates werden auf-
gefordert sich umgehend dafür einzusetzen, dass die
freie Arbeit von Presse und Rundfunk besser vor Angrif-
fen geschützt und ihre Bedeutung für die freiheitlich-
demokratische Grundordnung mehr hervorgehoben wird.

Die Behinderung der Arbeit von Journalisten muss un-
terbunden und bei Angriffen auf sie konsequenter einge-
schritten werden.

Ferner soll geprüft werden, ob tätliche Angriffe auf Jour-
nalisten und die Behinderung ihrer Arbeit strafrechtlich
besonders geahndet werden sollten.